

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.-, monatlich 1.-, wochentlich 1/3.-...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 5. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 1.50 M. 'Kleine Anzeigen'...

Wilson's Völkerbundreise.

Präsident Wilson hat am Donnerstag in Columbia im Staate Ohio seine erste Rede über den Völkerbund gehalten.

Der Völkerbund wurde als Erfüllung des Versprechens, das die Vereinigten Staaten abgaben, gebildet.

Italien z. B. habe der Konferenz einen Gegenorschlag gemacht, in dem es Ansprüche auf Äthiopien erhob.

gebe, wolle es Äthiopien aus strategischen und militärischen Erwägungen heraus doch haben.

Der Kampf um den Friedensvertrag.

Der Haager 'Nieuwe Courant' meldet aus Washington, daß der demokratische Führer Mitchell im Senat den Kampf für die Ratifizierung des Friedensabkommens eröffnet hat.

Präsident Wilson hat am Mittwoch seine Propagandareise für den Völkerbund angetreten.

Ministerpräsident und Arbeiterforderungen.

Ministerpräsident Friedrich erklärte einer Budapest Arbeiterdeputation, die Erfüllung der Wünsche der Arbeiter hinsichtlich der Wiederaufnahme der Arbeitslosenunterstützung sei sehr schwer.

Der Ministerpräsident wies als Beispiel für die Lage der Fabriken auf die Liptawische Fabrik hin, deren Arbeiterrat während des Kommunismus 97 Millionen Schulden machte.

Hierfür seien jedoch 10 Millionen in gutem Geld notwendig, übrigens zeige die Arbeiterschaft keine große Neigung zur Teilnahme an öffentlichen Arbeiten.

Dhne die schwierige Wirtschaftslage Ungarns zu verkennen, darf man sich doch der Ansicht nicht verschließen, daß das erzkonservative Kabinett in Budapest und insbesondere der Ministerpräsident Friedrich zur Beurteilung sozialer Fragen nicht gerade geeignet erscheinen.

Streikzusammenbruch in Oesterreich.

Die Wiener Blätter melden, ist der Streik bei der Döb- bahn, der Aspangbahn und der Südbahn beendet.

Die englischen Bergarbeiter für Nationalisierung.

Aus London wird gemeldet: Wie zu erwarten, haben die 150 Delegierten der Bergarbeiterkonferenz mit allen Stimmen den Beschluß der Verwaltung betreffend die Nationalisierung der Bergwerke angenommen.

Amerikanische Arbeiter gegen Burgfrieden.

Aus Washington wird gemeldet: Laut Nachrichten aus allen Teilen Amerikas sind die Arbeiter nicht geneigt, die Bitte der Fabrikanten, einen Burgfrieden zu schließen, zu erfüllen.

Generallstreik im Pariser Konfektionsgewerbe. Aus Paris wird gemeldet: Im Konfektionsgewerbe wurde der Generalstreik proklamiert.

Der deutsch-lettische Siedlungsvertrag.

Aus Riga wird gemeldet: Die lettlandische Regierung in Riga, der lettlandische Geschäftsträger in Berlin und die lettische Presse leugnen, daß am 29. Dezember 1918 in Riga zwischen dem deutschen Gesandten und der lettlandischen Regierung ein Vertrag geschlossen worden ist.

Riga, den 29. Dezember 1918.

Vertrag

zwischen den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und der provisorischen lettlandischen Regierung.

1. Die provisorische lettlandische Regierung erklärt sich bereit, allen fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen im Verbands von Freiwilligenformationen beim Kampf für die Befreiung des Gebietes des lettlandischen Staates von den Bolschewiken tätig gewesen sind, auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht des lettischen Staates zu gewähren.

2. Die deutsch-baltischen Angehörigen des lettlandischen Staates erhalten das Recht, in die reichsdeutschen Freiwilligenverbände einzutreten. Andererseits bestehen für die Dauer des Feldzuges keine Bedenken gegen Verwendung reichsdeutscher Offiziere und Unteroffiziere im Verbands der deutsch-lettischen Kompagnien der Landeswehr als Instrukteure.

3. Das im Vertrage vom 7. Dezember den deutschen Vätern zugesicherte Recht zur Bildung von sieben nationalen Kompagnien und zwei Batterien im Verbands der Landeswehr wird seitens der provisorischen Regierung ausdrücklich garantiert, auch wenn § 2 der vorliegenden Abmachungen zur vorübergehenden Auflösung der deutsch-baltischen Verbände führen sollte.

4. Die in Ausführung von § 1 notwendigen Listen über Zustand und Abgang von Freiwilligen werden der provisorischen Regierung mindestens einmal wöchentlich überreicht. Es wird auf Grund dieser Listen zwischen den Vertragsschließenden festgesetzt werden, welche deutschen Staatsangehörigen sich das Staatsbürgerrecht gemäß § 1 erworben haben.

Dr. August Winnig, deutscher Gesandter in Riga.

R. Ullmanis, Ministerpräsident. Dr. Saegel, J. Sanits.

Es ist zu bemerken, daß dieser Vertrag vom gegenwärtigen Ministerpräsidenten Ullmanis unterzeichnet worden ist, der heute den moralischen Mut aufbringt, diesen Vertrag zu brechen.

Die Flottenversenkung.

Freiherr v. Seebeck überreichte Donnerstag nachmittag in Versailles eine Note, die eine Rechtfertigung des Admirals v. Reuter bei der Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow begreift.

Novembersozialisten.

Im November 1918 konnte man das erheiterte Schmei- gelgenießen, daß die sogenannten Stützen der alten Regierung im Freiheitssturm wie Holunderstämme umfielen.

Hätten sie den Zusammenbruch der Staatsform, die sie für die richtige hielten, bedauert; hätten sie die Umwälzung als ein Unglück bezeichnet oder gar bekämpft, so würden die Sozialisten sie zwar als Feinde betrachtet, ihrem Mannesmut und ihrer Ueberzeugungstreue aber die Anerkennung nicht verweigert haben.

Nicht alle Novembersozialisten aber sind solches Gesinnungsgeheimnis, das sich auf den — für sie auswechselbaren! — Boden der jeweiligen Verhältnisse stellt.

Mancher dieser Novembersozialisten hat sich bisher bewährt; und es besteht die Aussicht, daß er ein tüchtiger Parteigenosse werden wird.

Dieses Verben von Person zu Person wird auch bei denen nicht halt machen, von welchen man bestimmt weiß, daß sie im solchen Lager stehen.

Nun sind die Schranken gefallen, die den Weg ins sozialistische Lager versperrten. Soll man nun solche wadere Streiter für Recht und Freiheit, die im Herzen schon lange sozialistisch dachten, und deren Handeln ebenfalls sozialistisch war, mit dem Spotttruf 'Novembersozialisten' dotieren?

gleichen über die Schulter angesehen, weil er fortschrittlich organisiert war. Jetzt aber, da er „richtiger Sozialdemokrat“ ist, achtet man ihn einfach, während er als Demokrat — dieser Partei angehörend, ist in bürgerlichen Kreisen, besonders bei Damen, förmlich Model — eine gewisse Rolle spielen würde. Wer derartige Unannehmlichkeiten auf sich nimmt, muß es doch mit seiner sozialdemokratischen Bestimmung ehrlich meinen. Drum sollte man ihm Vertrauen schenken.

An den Novembersozialisten ist es nun aber, sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen. Das können sie, indem sie fleißig für die Partei arbeiten, ihr gleichgesinnte Berufsgenossen zuführen und — was die Hauptsache ist — in schweren Stunden die Treue wahren.

Fritz Müller-Chemnitz.

Der zerspaltene Rumpfvollzugsrat.

Die Meinung, daß der unabhängig-kommunistische Vollzugsrat, nachdem vor einigen Wochen die Demokraten und Sozialdemokraten ausgetreten sind, sich abermals gespalten habe, beruht, wie eine kürzliche Korrespondenz erzählt, auf einem Irrtum. Die an Stelle der drei ausgeschiedenen Kommunisten gewählten Ersatzmänner Heinen, Miedel und Egner sind ebenfalls Mitglieder der R. V. D. Tatsache ist jedoch, daß im Rumpfvollzugsrat gegenwärtig, trotz der Neuwahlen dreier seiner Mitglieder, eine Spannung besteht, die über kurz oder lang zum Konflikt führen dürfte. Die Krise ist begründet durch die Haltung der U. S. P. D. in der Frage des Verhotes der von den Unabhängigen ausgeschriebenen Arbeiterwahlen. Die Kommunisten, die selbst mit einem eigenen Wahlrecht auf den Plan zu treten gedenken, verlangten in der entscheidenden Sitzung der Arbeiterräte, daß die U. S. P. D. den Kampf mit der Regierung aufnehme.

Jedenfalls zeigt sich, daß der Rumpfvollzugsrat, in dem jetzt Unabhängige und Kommunisten unter sich sind, zerspalten ist als je. Die Unzulässigkeit und der Unschärfeabdruck der linksradikalen Gruppen mocht eben jede Zusammenarbeit der einen mit einer anderen Gruppe unmöglich.

Reaktionäre Propaganda als Heeresangelegenheit.

Von gut unterrichteter Seite geht uns folgende Nachricht zu: Die im Verlag der „Deutschen Zeitung“ erscheinenden „offenen Worte“ werden in rund 45 000 Auflagen an die Truppen verteilt. Das Blatt ist, seiner Ursprungsquelle getreu, im Inhalt durchaus alldeutsch und reaktionär, wird aber von zahlreichen Kommandobehörden der Reichswehr in jeder Weise unterstützt. Wie stark diese Unterstützung ist, geht daraus hervor, daß die Redaktion der „Offenen Worte“ ihre Briefe als „Heeresangelegenheit“ versendet; geschäftlich ist die Benutzung unzulässig, sogar strafbar. Auch die Zeitschrift selbst habe ich unter „Heeresangelegenheit“ erhalten.

Durch die Versendung unter „Heeresangelegenheit“ wird nicht nur der Staat um eine große Einnahme betrogen, sondern vor allem Dingen eine starke Beeinflussung des Lesers erzielt. Jeder Soldat, der einen Brief unter „Heeresangelegenheit“ erhält, wird annehmen müssen, daß die Zeitschrift von einer militärischen Seite herausgegeben wird. Auf dem Briefbogen steht außerdem meistens: „Befehl für die gesamte Reichswehr und die Präzips, für Führer und Mann.“

Es scheint doch durchaus notwendig, daß das Reichswehrministerium sich nunmehr etwas näher mit der Frage der „Offenen Worte“ befaßt.

Auch die „Deutsche Zeitung“, die sich seit Monaten über Verleumdung von Staatsgebern bejammert, dürfte hocherfreut sein, wenn diesem Unfug ein Ende gemacht wird. Aber es handelt sich hier nicht um die Hinterziehung von Staatsgebern, sondern um die Frage der reaktionären Agitation in der Reichswehr überhaupt, die um so auffälliger wirkt, als dieselben Kommandostellen, die sich die stärkste Förderung reaktionärer Hebe so angelegen sein lassen, ihr möglichstes tun, um die Verbreitung von Zeitschriften, die auf dem Boden der republikanischen Regierung stehen, systematisch zu unterdrücken.

In der Sache wird uns noch eine überraschende Aufklärung zuteil durch eine uns soeben zugehende Zuschrift des Reichswehrgruppenkommando I, worin die „offenen Worte“ als eine „dem Reichswehrgruppenkommando I nahestehende Soldatenzeitung“ bezeichnet werden. Es handelt sich in jener Zuschrift nämlich um die Empfehlung des alldeutsch-antifemistischen Biplattes „Phosphor“ durch jene Zuschrift, die anfänglich vom Reichswehrgruppenkommando gebilligt, später allerdings inhibiert wurde, weil das Blatt die Amtslässigkeit verschiedener Regierungsmitglieder in satirischer Weise angriff. Uns interessiert an dieser Zuschrift aber vor allem das Bekenntnis, daß der Ableger der „Deutschen Zeitung“ dem Reichswehrgruppenkommando I „nahesteh“ ist. Um Aufklärung wird gebeten.

Nochmals die Vorgänge in der Sicherheitspolizei.

Aus Anlaß der in Nr. 448 und 451 des „Vorwärts“ geschilderten Vorgänge in der Sicherheitspolizei hat einer unserer Vertreter eingehende Besprechungen sowohl mit dem Gruppenkommando, als mit den Vertrauensleuten der Unterbeamten gehabt, als deren Resultat wir hier folgendes feststellen möchten:

Der durch RWV bereitete und in Nr. 448 von uns wiedergegebenen Darstellung, „von unterrichteter Seite“ steht das Gruppenkommando vollständig fern, es teilt unsere Auffassung, daß diese Darstellung, die von einer mangelhaft informierten untergeordneten Stelle ausging, in wesentlichen Punkten unrichtig ist. Insbesondere legt auch das Gruppenkommando großen Wert darauf, festzustellen, daß niemals eine Agitation in der Sicherheitspolizei stattgefunden hat, die darauf hingielte, daß sich die Sicherheitspolizei bei Unruhen neutral verhalten sollte.

Der Vertrauensmann Richter ist nach Darstellung des Gruppenkommandos sofort entlassen worden, weil er eine Vertrauensmännerberufung nicht angemeldet hat. Diese Berufung sollte zu der neugegründeten Interessengruppe der Sicherheitspolizeibeamten Stellung nehmen. Das Gruppenkommando sieht in der Nichtanmeldung einen schweren Verstoß gegen die Disziplin, der die sofortige Entlassung rechtfertigt. Dagegen waren die von unserem Gewährsmann befragten Vertrauensmänner der Ansicht, daß bei Richter nur ein formales Versehen vorliege, das keinesfalls so schwere Sühne erfordert habe, und daß vor allen Dingen vor der Entlassung die Vertrauensmänner, hätten zu Rate gezogen werden müssen. Letzteres befreit das Gruppenkommando und verweist Richter auf den Geschwörbeweg. Der direkte Vorgesetzte Richters stellt diesem ein gutes Zeugnis aus.

Im Fall des Unterwachstweisters Brust ist richtig, daß dieser seinen Abschied selber eingereicht hat. Jedoch wird von den Vertrauensmännern selber die Ansicht vertreten, daß Brust nicht richtig gehandelt habe; die Vorwürfe bezügelte sich aber nicht auf sein Auftreten gegenüber dem Oberleutnant Heinrichs (der übrigens nicht ablig ist), sondern auf eine spätere Agitation, die Brust eigenmächtig entfaltet hat.

Die angebliche Verurteilung des Oberleutnants v. Oben ist Gegenstand einer Untersuchung. Der Angeklagte bestritt die Verurteilung. Offiziere, die die Mannschaften nicht richtig behandeln, werden schärfstens entsetzt. Bezüglich des früheren Führers Major Rehn steht die Truppe auf dem Standpunkt großer persönlicher Anhänglichkeit, sie lehnt es aber ab, Kasernenhospitälität zu treiben und Personenfragen in den Vordergrund zu stellen.

Alldeutsche Schamlosigkeiten.

Mit einer edlen Dreistigkeit, wie sie selbst bei der „Deutschen Tageszeitung“ eine Seltene ist, veröffentlicht diese eine Anzahl von Gefangenenschriften, aus denen die Ueberzeugung der Gefangenen hervorgeht, die deutsche Regierung täte nichts für ihre Befreiung. Daß ein großer Teil unserer Gefangenen dieser Ansicht ist, haben wir selbst zu wiederholten Malen auf Grund von Gefangenenschriften unseren Lesern mitgeteilt; wir hatten aber nie verfeßt, darauf hinzuweisen, wer in unseren gefangenen Volksgenossen diese irrtümliche Meinung erregt und durch verleumderrische Agitation unterstüzt hatte.

Es sind das dieselben Kreise, die jetzt mit schamlosem Augenverbrechen Interesse für die Gefangenen heucheln, die sie bisher in der schamlosesten Weise für ihre Sonderinteressen mißbraucht hatten. Wenn nun die „Deutsche Tageszeitung“ an Hand der von ihr veröffentlichten Briefe der deutschen Regierung erneut den Vorwurf der Untätigkeit macht, so ist das eine der schmutzigen Verleumdungen, die unsere Gefangenen noch ihrer Mitleid bald durchschauen und für die sie Rechenschaft fordern werden. Für die nötige Aufklärung werden wir sorgen, darüber mag die „Deutsche Tageszeitung“ nur beruhigt sein.

Frauenwahlrecht in Italien. Die italienische Kammer stimmte laut Vajazer Nachrichten einem Zusatzantrag zu, der den Frauen das aktive und passive Wahlrecht verleiht.

Der Münchener Geiselmord vor Gericht.

München, 5. September.

Am heutigen 5. Verhandlungstage sind die Sachen im Gerichtsgebäude außerordentlich verstärkt worden mit Rücksicht darauf, daß aus dem im gestrigen Verhör bekanntgewordenen Kaiser des Angeklagten Seidl hervorgeht, daß sich in München die von den Angeklagten beabsichtigte und auch bei inzwischen ein weiterer Angeklagter einen Blutversuch unternommen. Die Garnison Münchens befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft und neben dem Gerichtsgebäude werden der Bahnhof und die öffentlichen Gebäude stärker als sonst bewacht.

In der Beweisaufnahme wurde der Gärtner Blonner vernommen. Er bestätigt, daß die bekannte Resolution des 1. Infanterie-Regiments, in welcher die Ermordung der Weiten verlangt wurde, dem Angeklagten Petermeier von mehreren Notarbüchern überbracht wurde, und daß Petermeier darauf erklärte: „Lieber lasse ich mich selbst erschießen.“ Sententia gab jedoch die Resolution an Jalkhofer weiter. Die Resolution sei bereits Mitte April gefaßt, aber vorläufig beiseite gelegt worden.

Der folgende Zeuge Taubenberger weigert sich, den Eid zu leisten, da ihm dies sein revolutionäres Gewissen

verbieth. Für ihn sei der Eid eine Utopie. Als revolutionärer Proletarier könne er nur die reine Wahrheit sagen, aber den Eid nicht leisten. Er bittet das Gericht, ihn in Strafe zu nehmen. Der Staatsanwalt erklärt, daß dazu auch die Veranlassung vorhanden sei, da die Verfassung ein revolutionäres Gewissen nicht vorsehe. Der Zeuge wird dann zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Im Anschluß macht die Verteidigung geltend, daß nach § 138 der neuen Verfassung niemand zur Ableistung eines religiösen Eides gezwungen werden könne.

Der Schauspieler Hillmann aus Wörthhofen erklärt Seidl für einen äußerst anständigen Menschen und erzeit damit einen vollen Heiterkeitserfolg.

Arbeiterleiter Strauß aus Dachau erzählt, daß Seidl zu einem seiner Tätigsten in der dortigen Pulverfabrik in einer allgemeinen Arbeiterversammlung Jurase gemacht habe, die ihn als einen

Anhänger der Zentrumsparlei

kennzeichneten. Die Entlassung Seidls aus der Pulverfabrik sei wegen Fälschung von Stundenzetteln erfolgt. Seidl war in Arbeiterkreisen als Denunziant verurteilt. Nachdem der Angeklagte noch bei keinem Abgange erklärt hätte, er sei Anhänger der Zentrumsparlei, war der Zeuge sehr erstaunt, als er wenige Tage später hörte, daß Seidl in den Eisenbahnzügen zwischen München und Dachau kommunistische Flugblätter verteilte.

Frau Strauß erzählt, daß Seidl verlobt habe, ihren Mann aus Rücksichtnahme. Die Arbeiterchaft hatte ihn jedoch rechtzeitig gewarnt und so mußte das Panzerauto des Angeklagten wieder umkehren. Seidl enterte sich jedoch nicht gleich, sondern verhandelte noch längere Zeit mit der Frau und erklärte ihr, wenn sie den

„Schuß und Hochverräter“

fänden, würde er sofort an die Wand gestellt werden. Seidl bestritt dies und fragte die Zeugin, ob er damals einen grauen oder schwarzen Mantel getragen habe. Vorliegender: „Wahrscheinlich es für uns, ob Sie sich erinnern können, dem Strauß einmal auf die Wade geschlagen zu sein.“ Seidl: „Ich trane weder Frau Strauß, noch die Strauß in der sie wohnt.“ Die Zeugin gerät über diese Ablenkung in große Erregung und erklärt mit erheblicher Stimme: „Herr Seidl, Sie wissen doch ganz genau, daß Sie bei uns waren und ich könnte Ihnen noch manches andere vorhalten.“

Der Betriebsleiter Dehner aus Dachau bestätigt, daß Seidl erst Zentrumsmitglied und dann Kommunist

war, und daß er bei der Arbeiterchaft wegen seiner „Schmiegsamkeit“ der vorgehenden Behörde gegenüber verhaßt war. Er habe die Fabrik offenbar in kommunistische Hände bringen wollen. Der Zeuge trat ihm jedoch sehr unerschrocken entgegen und antwortete ihm auf die Frage, ob er die Arbeiterregierung anerkenne: „Sie sind ja verrückt. Eine Regierung, in der ein Dr. Lipp sitzt, der schon zweimal im Irrenhaus war, halte ich nicht für voll.“ Darauf geriet Seidl in fürchterliche Wut und drohte, er würde mit einigen hundert Notgardisten wiederkommen, worauf ihm gesagt wurde, man werde die ganze Fabrik mit den 14 1/2 Millionen Schuß in die Luft sprengen. Der Zeuge hat auch gemerkt, daß Seidl damals viel mit Leuten zusammenkam. Einige Tage später wurde Dehner durch Seidl und Jalkhofer verhaftet und zur Polizeidirektion gebracht, wo er ohne weiteres Verhör durch zwei von der Strauß herausgeholt Notgardisten zum Tode verurteilt wurde. Dehner wurde im letzten Augenblick nur durch die Erklärung seiner Arbeiterchaft gerettet, daß, wenn er nicht innerhalb zwei Stunden freigelassen sei,

die Pulverfabrik in die Luft fliegen

würde. — Der folgende Zeuge Rürnberger ist nicht auffindbar. Der Angeklagte Hesseiman bezeichnet ihn als einen Hauptverleumderr.

Der Direktor des Münchener Park-Hotels, Zumbrecht, wird über die kommunistischen und sozialistischen Besuche in seinem Hotel verhört, bei denen dem Konstantinopoler Kaufmann Kesyer die Waren weggenommen und Prinz Thurn und Taxis verhaftet wurde. Seidl hat bei diesen Besuchen wiederholt erklärt, er komme, wann es ihm passe, und hat niemals einen Ausweis vorgezeigt können. — Hauptmann Vietz wurde vom Bett seiner schwerkranken Frau hinweg als Geisel verhaftet und zusammen mit dem Freiherrn v. Seydlitz auf das Polizei-Kommisariat gebracht. Er erzählte einige originelle Episoden. Kurz nach seiner Einlieferung ins Gefängnis schob man in seine Zelle einen Mann, der ununterbrochen an der Wand hin und her schlich und dann sagte: „Ja, kennen Sie mich denn nicht?“

Ich bin der geliebte Stachtkommandant von München.

Ich bin Kommunist geworden, um dem Vaterland Eisaß-Lothringen zu erhalten. (Gesteht.) Vietz hat dann Jalkhofer, dem „Kartosen mit der Langofitur“, wie er im Gynasium allgemein hieß, vorgeführt worden. Während des Verhörs schrie Jalkhofer ein. Als er wieder aufwachte, sagte er: „Ach, ich bin jetzt müde. Lassen Sie den Kerl laufen.“ Nachdem er dem Hauptmann noch ein Glas Tokajer angeboten hatte, wurde Vietz zur Tür hinausgeschoben.

Der nächste Zeuge ist Rechtsanwalt Stanzoni, der Mann der Prinzessin Fürstendberg. Er wurde in der Nacht vom 23. zum 24. April verhaftet. Der Haftbefehl lautete auch auf den Namen seiner Frau und des dreijährigen Kindes. Alle drei Personen mußten sich im Weissen Haukwanns und Schickhofers anleihen und wurden in das Gynasium gebracht, wo ihnen Seidl erklärte: „Wenn in der Nacht etwas passierte, dann würden zunächst die Geiseln abgeschafft.“ Später erhielten sie von einem Wachtposten die tröstliche Versicherung, es sei doch ganz selbstverständlich, daß die Geiseln umgebracht würden, wenn etwas passierte. Schickhofer erklärte ihnen das gleiche und machte die Posten darauf aufmerksam, daß sie ja die Pistolen in Bereitschaft halten sollten, denn es sei ja verboten, in den Zimmern mit Gewehren zu schießen. Zu Stanzoni selbst sagte er:

„Für seid unsere Feinde

und als solche müßt Ihr auch sterben. Wenn es niemand von meinen Leuten tun will, hole ich mir die Russen herein, die tun es schon.“ Kurze Zeit nach der Einlieferung des Zeugen und seiner Familie wurde das ganze Gynasium alarmiert, weil es hieß, die weißen Gardien seien im Anzug. Schickhofer gebärdete sich als Oberkommandant, ließ die Lichter auslöschen und erteilte den ersten Befehl zum Erschießen der Geiseln. Später beruhigte sich alles wieder und Schickhofer erklärte, er habe nur eine „Probe“ gemacht. Die Geiseln sollten wissen, was ihrer harrte. Am folgenden Tage wurden dann Stanzoni und seine Frau vor das Revolutions-Tribunal geführt, wurden aber freigesprochen.

Der Zeuge Schuhmann Nieß, der sich im besetzten Gebiet aufhält, konnte keine Ausreisefreilassung von der französischen Behörde erlangen. Seine Aussagen werden daher verlesen. Es geht daraus u. a. hervor, daß er hörte, wie die Gräfin erklärte, daß sie lieber bei ihren männlichen Genossen bleiben und auf eine besondere Stellung verzichten wolle. Sie wurde dann auch mit Kartoffelschalen beschäftigt.

Die beiden Hufaren wurden bei ihrer Einlieferung geschlagen und angespien. Die erregten Soldaten wollten sie gleich an die Wand stellen. Am Morbtage haben Daubmann, Hesseiman und ein Schreiber die zu erschießenden Geiseln herausgeführt und in den Hof gebracht. Auch er, Nieß, sei mit hinuntergeführt worden. Demnach sei dann aber hinter ihm dreingelaufen und habe gerufen: „Kann, geh doch nicht mit denen mit!“ Er sei darauf umgekehrt und habe darauf entlassen werden. Als er nur wenige Schritte aus dem Hause gemessen sei, habe er die Solde kratzen hören, durch welche seine unglücklichen Gefährten niederknietet wurden. — Oberleutnant Trutz wurde mit dem Oberleutnant Baron Moser zusammen in Haft genommen, angeblich, weil zwischen ihnen ein gegenrevolutionäres Komplott

bestehen sollte. Der Haftbefehl war von Seidl unterschrieben. Beide wurden zunächst von den Wachen ankändig behandelt. Als jedoch Seidl kam, änderte sich der ganze Ton. Seidl erklärte sie mit „Souhande“ an und als Moser keine Uniform trug, wachte ihn Seidl und warf ihn an die Wand. Dabei kuckelte er fortwährend mit einem Revolver umher. Als Moser sagte, er würde sich beim Revolutions-Tribunal beschweren, schrie Seidl: „Auf das Revolutions-Tribunal pfeife ich.“

Wir erschließen, wenn wir mögen.

Das alles sagte er, obwohl Baron Moser einen Schwur gemacht hat, die Revolutionstrifunale vorzuziehen konnte. Der Zeuge mußte sich dann mit Moser zusammen auf Strohsäcke legen. Um vier Uhr morgens kam Seidl hinzu und sagte: „Was die Schwärze haben auch noch auf Strohsäcke? Hinunter mit ihnen in den Keller.“ Dort trafen wir 8 bis 9 Personen. Vorliegender: „Gut, nun waren die „Schweine“ also im Keller. Was geschah weiter?“ Zeuge: Eine Dame erlitt einen Nervenzusammenbruch, eine andere wurde, als sie sich bewäherte, von Daubmann mit Obereisen traktiert, daß sie ohnmächtig an Boden fiel. Nach 6 Uhr früh wurden wir geweckt und ein guter Notar kam und uns auch etwas Kaffee. Dann wurden wir wieder zu Seidl geführt. Er sagte aber, er habe keine Zeit, und erst als Baron Moser mit einem Herrn vom Generalkommando in Verbindung treten konnte, der eine Unterschrift Jalkhofers beibrachte, wurde er in Abwesenheit Seidls entlassen. Oben Abend wurde die Situation unheimlich. Bei unserer Abführung über den Hof waren die Soldaten sehr unruhig. Schickhofer schrie aufgeregt herum und brüllte die Leute an. Im Keller lag schon alles aufeinander.

Wie eine Herde Vieh

Ich konnte mich nur so hinbeugen, daß ich auf den Rücken der Gräfin Wehlar lag. Wäghelk hieß es, der Kellerhof sei von den Geiseln abbesogen worden. Wenn er nicht in launhaftel Minuten wieder da sei, würden wir alle toteschossen oder eine Hundeanate zwischen uns geworfen werden.“ Der Zeuge wurde dann infolge eines irrtümlichen eingetroffenen Schusses entlassen. Es gelang ihm jedoch nicht, die anderen in frei zu bekommen.

Als Oberleutnant Trutz in Besetzung seiner Frau das Gynasium verließ, wurde ihm von einigen Notgardisten bedeutet, er solle schon wieder ein Haftbefehl gegen ihn vor. Und tatsächlich sei er auch noch bis zum 1. Mai von Seidl verfolgt worden. Er nächtigte darum in einem Speicher und auf unbewohnten Wänden.

Vorliegender: Sie sollen mit Baron Moser ein Komplott gegen Seidl geschmiebelt haben, um ihn,

den „armen Arbeiter und Proletarier“,

um's Leben zu bringen. An Mitleidlichkeit sollen Sie und Baron Moser auch bei der Ermordung Siebenschis und Rosa Luxemburg beteiligt gewesen sein. Zeuge: Das ist ja Unsinn. Baron Moser lag in Rürnberg, ich in München in Garmisch. Ich habe ihn erst hier kennen gelernt. Ein Verteidiger macht geltend, daß auch die Bourgeoisie seinerzeit Geiseln verhaftet und im Bayerischen Hof untergebracht habe. Oberleutnant Trutz: Aber der „Bayerische Hof“ war ein erklöffenes Hotel. Vorliegender: Der Keller im Gynasium war nicht ganz so elegant (Gesteht.) Zeuge: Um Gottes willen! Angeklagter Seidl: Ich heiße dabei, ich kenne den Reunen überhaupt nicht, aber ich weiß, daß zwischen ihm und Moser ein Komplott gegen mich besteht. Oberleutnant Trutz: Ich nehme selbstverständlich alles auf meinen Eid. Die Frau des Oberleutnant Trutz befindet, daß sie bei einem Besuch im Gynasium von Seidl angefallen worden sei: „Dreißiges Frauenzimmer“ usw.

